Nr. 26. XXIV. Jahrgang. Dresden. Sonntag, 26. Januar 1879.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel. Nummern 10 Pfge. Auflage 33000 Expl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme außerhalb: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M., — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuill.: Ludwig Hartmann. Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Ab. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: große Meißnergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Anzeigen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen unterziehen wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Die Witterungsaussichten nach dem Meteorol. Bureau zu Leipzig für heute den 26. Januar lauten: Meist trübe, Wind östlich schwach, Temperatur um den Gefrierpunkt.

Koppel & Co., Bankgeschäft, Schlossstr. 14, gegenüb. d. Sporeg. An- u. Verkauf aller Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltl. Controle der Verloosung aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege. Domicilstelle für Wechsel.

Felix Semmelrath, Pflanzen-, Blumen- u. Bouquet-Geschäft, Ecke der Prager- und Ferdinandstrasse, empfiehlt zur Saison feine Bouquets in jedem Genre, blühende Rosen zu billigsten Preisen.

Politisches.

Mit Ernst, Gewissenhaftigkeit und Unerschrockenheit faßt die österreichisch-deutsche Pest-Kommission in Wien ihre ebenso edle als verantwortungsreiche Aufgabe an. Jedes Telegramm aus Wien bekundet dies. Ueber die Natur der Beulenpest ist man leider auf nicht sehr zahlreiche und auf noch weniger zuverlässige Unterlagen angewiesen. Die Beulenpest, die jetzt in den Wolga-Niederungen wüthet, hat sich seit 1843 zwar mehrfach und in weiten Entfernungen von ihrer egyptischen Heimath gezeigt, aber immer nur sporadisch. Europäischen Aerzten, die eigens nach dem Oriente reisten, um diese Seuche persönlich zu studiren, gelang es niemals sie zu finden; man hielt sie für erloschen. Erst ihr Auftreten 1867 und 1870 unter den Araberstämmen, die in den Ruinen Babylons hausen, und in Persisch-Kurdistan zerstörte diese Illusion. Genaueres war aber auch nicht zu erfahren. Jetzt schlägt das „Schwarze Weib" einen Weg ein, der verschieden ist von der Straße, die der „Schwarze Tod" in dem 16., 17. und 18. Jahrhundert zog. Die Pest im 16. Jahrhundert wurde über Venedig eingeschleppt. Wer wüßte nicht von der „Pest in Florenz", wie Monate lang sich alle Bande der Ordnung und Sitte lösten und Jung und Alt, Arm und Reich die wenigen Stunden, die ihnen noch vor dem Tode blieben, durchschwelgten, durchrasten und durchkosteten! Alles daher, was Europa thun kann, um sich dieser schrecklichen Heimsuchung zu erwehren, ist zu rechtfertigen. Je größer die Strenge in der Absperrung, um so eher die Gewißheit des Verschontbleibens. Für jetzt hat die Wiener Pest-Kommission sich auf Folgendes beschränkt: „Schleunige Entsendung einer Kommission europäischer Aerzte, Ergänzung derselben durch diplomatische Personen; Reisende aus Rußland dürfen deutsches und österreichisches Gebiet nur betreten, wenn ihre Pässe die behördliche Bestätigung erhalten, daß sie innerhalb 20 Tagen vor der Bestätigung nicht in verdächtigen Gouvernements verweilten. Zur Inkraftsetzung dieser Maßregel wird entsprechende Frist gewährt. Die Effekten der Reisenden aus verdächtigen Gouvernements sind zu desinficiren, eventuell hat an den Haupteinbruchsstationen eine allgemeine sanitätliche Revision der Personen und Effekten stattzufinden. Der Verkehr aus Rußland bezüglich der Personenwagen ist auf bestimmte Einbruchstationen beschränkt. Alle, russische Grenzstationen berührende Waggons sind sorgfältig zu reinigen und zu desinficiren. Bei näherrückender Gefahr hat Grenzsperre und Einrichtung einer Quarantäne stattzufinden."

Politische, geographische und Handels- und volkswirthschaftliche Interessen müssen der Alles überwältigenden Gefahr gegenüber völlig schweigen. Die russische Regierung hat ein Interesse daran, die Zahl der Seuchenopfer möglichst gering anzugeben und wahrheitsgetreue Schilderungen zu verhindern oder ganz zu vertuschen. Mitunter ist sie auch gar nicht im Stande die Wahrheit zu ermitteln. Die russischen Bauern kennen ihre Regierung genau, sie wissen, daß von ihr keine Hilfe zu erwarten und sie helfen sich auf eigene Faust. In zahlreichen Dörfern (Stanizen) haben die Bauern eigene Pestkordons errichtet und wehren Jedermann den Zutritt, sie schlagen selbst Regierungsbeamte, die Eintritt verlangen, todt. Es herrscht somit schon jene Anarchie, die bei solchen Naturgewalten so leicht eintritt. Es wird nicht lange dauern, so wird man in Wien und Berlin sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß nur eine totale Grenzsperre gegen Rußland Europa vor der Beulenpest schützen könne.

Wie schwankend bereits in Frankreich der Boden der Republik geworden, lehrt die Erklärung des Marschall Mac Mahon, lieber abdanken, als eine gerichtliche Verfolgung seiner früheren Minister zugeben zu wollen. Die Radikalen glauben, daß das Kabinet Dufaure nur noch wenige Tage zu leben und daß, nachdem Gambetta sich eine Zeit lang abgewirthschaftet habe, die Stunde ihrer Herrschaft gekommen sei. Sie bemeistern daher nur mit Mühe ihren Zorn, daß Gambetta dem Ministerium Dufaure nicht den Gnadenstoß ertheilte und suchen der Sache auf anderem Wege beizukommen. Sie beantragen nämlich die ausnahmslose Begnadigung aller Männer der Kommune. Angeblich ist jetzt die Zeit gekommen, allen politischen Verbrechern zu verzeihen. Das ist aber pure Heuchelei, denn gleichzeitig will man den früheren Ministern Mac Mahon's den Prozeß machen. Also, jene entsetzlichen Menschen, welche in der Kommunezeit die Geißeln (darunter den Erzbischof von Paris) erschossen, die Paris in ein Flammenmeer verwandelten, sollen straflos nach Frankreich zurückkehren; diejenigen Minister aber, von denen die Republikaner behaupten, daß sie einen Staatsstreich planten, um die Republik zu stürzen, sollen als Hochverräther prozessirt werden. Gambetta sieht sich jetzt vor einer Aufgabe, die sein staatsmännisches Geschick auf die schwerste Probe stellt. Er selbst war, wenn Mac Mahon im letzten Augenblicke nicht geschwankt hätte und von einer Förderung des Staatsstreiches zurückgetreten wäre, persönlich bedroht; tiefer Groll gegen die früheren Minister Mac Mahons und diesen selbst ist bei ihm nur natürlich. Andererseits weiß er auch, wie die Rothen ihn selbst nur als einen schwächlichen Vermittelungspolitiker verachten, wie sie ihn nur als nothwendiges Zwischenglied für die Etablirung der rothen Republik ertragen, wie sie jeden Augenblick bereit sind, sobald sie es nur können, über ihn hinwegzuschreiten. Gambetta hat am wenigsten Ursache, sich für die Zurückberufung jener Kommunarden zu interessiren, die ihn glühend hassen und als Journalisten und Deputirten gar bald einen Einfluß gewinnen würden, der ihn beseitigte. Welche Macht steht ihm zu Gebote, der friedlichen Entwickelung der Republik in einem staatserhaltenden Sinne die Pfade zu ebnen?

England ist des Afghanenkriegs um so eher überdrüssig geworden, als man erfahren hat, daß nur gefärbte Berichte über die Operationen nach England gelangen. Die Telegramme und Briefe der Zeitungskorrespondenten, welche das englische Heer in Afghanistan begleiten, unterliegen einer Censur. Man schenkt daher den amtlichen Berichten des Vicekönigs von Indien, Lord Lytton, nur einen beschränkten Glauben. Die Stimmung Englands gestaltet sich um so erregter, weil sich nun doch herausstellt, daß der Vormarsch der britischen Streitkräfte keineswegs so siegreich war, wie man angegeben hatte, und auch die Freundlichkeit der Stämme, durch deren Land man zog, nicht so unzweifelhaft, wie die offiziellen Depeschen sie darzustellen sich bemüht hatten. Man hegt die Ueberzeugung, daß bei dem geringsten Mißerfolg, welcher die britische Armee treffen könnte, sie mit großem Ungemache zu kämpfen hätte.

Die endlosen und langweiligen Debatten des Wiener Reichsraths über Bosnien wurden von einem Zwischenfall unterbrochen, der hohe Erregung hervorrief. Der mährische Zuckerfabrikant Auspitz war zwar auch nicht mit der Andrassy'schen Orientpolitik einverstanden, polemisirte aber scharf dagegen, daß die Verfassungspartei Oesterreichs, namentlich ihr Führer Dr. Herbst, darin Recht habe, daß die Einverleibung Bosniens Oesterreich finanziell zerrüttet habe. Auspitz meinte vielmehr, die schlechte Finanzlage Oesterreichs sei zum guten Theil durch Dr. Herbst selbst verschuldet. Niemand habe so sehr wie dieser dafür gewirkt, daß der Staat für faule Industrie-Unternehmungen, für Schwindelgründungen, für verkrachte Eisenbahnen seine Geldmittel verschwendete. Durch Dr. Herbst seien solchen faulen Gründungen von Staatswegen 120 Mill. Gulden als „Sanirungen" zugeflossen. Außerdem habe dieser Mann durch seinen politischen Ehrgeiz dem Verfassungsleben Oesterreichs tiefere Wunden geschlagen, als es je eine absolutistische Regierung zu thun vermocht hätte. Dr. Herbst, einst die Zierde und der Stolz seines Vaterlandes, sei auf Abwege gerathen, indem er seine persönliche Politik Oesterreich habe aufzwingen wollen. In dieser Anklage steckt ein guter Theil Wahrheit. Nicht daß Dr. Herbst sich, wie so Viele als Abgeordnete, bereichert hätte — der Mann ist ein lauterer, unantastbarer Charakter — aber er lieh in der That sein mächtiges Wort und seinen großen Einfluß den Gruppen von Industriellen und Eisenbahnbaronen, die ihre faulen Schwindelunternehmungen nur mit Staatshilfe über Wasser hielten. Sein parlamentarischer Ehrgeiz hat sicherlich der Verfassung Oesterreichs tiefe Wunden geschlagen. Dr. Herbst erhielt zwar von seiner Partei er selbst fehlte im Hause, als der „Auspitz den Mond anbellte", wie der Wiener witzelt) ein glänzendes Vertrauensvotum, aber die Thatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß Oesterreich jetzt die 120 Millionen, die Dr. Herbst den Schwindelgründungen zugewendet hat, recht gut für seine Eroberung Bosniens gebrauchen könnte. Der Erwerb Bosniens zerrüttet freilich auch Oesterreich und stellt seine Verfassung nahezu auf den Kopf. Man wird an die Geschichte erinnert, wo Jemand, weil ihm eine neue Peitsche geschenkt wird, sich neue Pferde anschafft, in Folge dessen sich zum Ankauf eines neuen Wagens gezwungen sieht und schließlich seinen ganzen Hausstand deshalb verändert, blos weil ihm eine neue Peitsche geschenkt wurde. Die Erwerbung Bosniens wird für Oesterreich ähnliche verhängnißvolle Folgen haben.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Wien, 25. Januar. Auf eine Interpellation betreffs der **Pestgefahr** antwortete der Ministerpräsident Fürst Auersperg: Nach den Mittheilungen des Ministers des Auswärtigen herrsche eine allgemeine für die Pest gehaltene, jedoch offiziell nicht so bezeichnete Epidemie in 6 russischen Ortschaften auf der Wolga und auf deren Inseln. Den Maßregeln der russischen Regierung sei es bisher gelungen, den Epidemieheerd zu begrenzen (Gegentheiliges s. „Rußland"). Die Gerüchte über den Ausbruch der Pest in Zaritzin und Nischnei-Nowgorod seien unrichtig, über den russischen Cordon sei die Seuche nicht gekommen, auch innerhalb des Cordons trete die Epidemie neuestens weniger intensiv auf. Zur größeren Sicherheit sei auch in Zaritzin ein Quarantaine-Cordon aufgestellt. Die Gefahr sei für Oesterreich keine eminente. Demungeachtet sei die Regierung zu Maßregeln entschlossen. Sie verhandle über ein gleichförmiges Vorgehen mit Ungarn und Deutschland. Zu den äußersten Vorkehrungen zu schreiten, erscheine unter den obwaltenden Verhältnissen ungerechtfertigt. Die Möglichkeit sei vorhanden, daß die Epidemie auf den Seuchenheerd beschränkt bleibe.

Wien, 25. Januar. (Abgeordnetenhaus.) Nach den beiden Generalreden für und gegen den Majoritätsantrag betreffs des Berliner Vertrages ergriff Minister Unger das Wort, um den Vorwurf des Abg. Sturm, daß die Regierung nicht verfassungstreu sei, zurück zu weisen. Der Minister erklärte seine Verfassungsauslegung für den Ausdruck der inneren Ueberzeugung und des besten juridischen Wissens. Die Verfassungsauslegung sei Rechtssache, nicht eine politische und habe mit der Verfassungstreue nichts zu thun. Die Regierung nehme den unverdienten Vorwurf nicht an, deren Mitglieder waren stets konstitutionell gesinnt und erwarten sehnsüchtig den Augenblick, von dem schwierigen Posten abgelöst zu werden. (Beifall und große Bewegung.) Grocholsky erklärte, die Polen werden im Falle der Ablehnung des Antrages Dunajewski für den Majoritätsantrag stimmen. Hanisch beantragt die Rückgängigmachung der Occupation. Der Antrag findet keine Unterstützung. Hierauf wurde die Debatte bis Montag vertagt.

Rom, 25. Januar. Anläßlich der letzten Encyklika des Papstes gegen die Sozialdemokratie sollen im Vatikan Drohbriefe aus verschiedenen Theilen Europas seitens der Internationalisten und Sozialisten angelangt sein. Es wird versichert, der Vatikan werde diese Briefe zur Kenntniß der interessirten Regierungen bringen.

Paris, 25. Januar. Die „République française" meldet die Zurückpositionirung der Forts-Kommandanten Generale Bourbaki, Pataille, Renson und Lartigue.

Locales und Sächsisches.

— Se. K. K. H. **Kronprinz Rudolf** von Oesterreich-Ungarn reiste in der Nacht zum Sonnabend 1 Uhr 10 Min. vom Böhmischen Bahnhofe aus von hier wieder nach Prag ab und ward, da er eine offizielle Verabschiedung nicht gewünscht, nur von Herrn Generalmajor v. Carlowitz auf den Bahnhof begleitet. Anwesend waren daselbst der österreichische Gesandte Freiherr von Frankenstein mit dem Legationssekretär Frhr. v. Biegeleben, der k. k. Militärdevollmächtigte in Berlin, Prinz zu Liechtenstein, als Vertreter der kgl. Generaldirektion der Staatsbahnen die Herren Finanzrath von Nostitz und Jänckendorf, Transportinspektor Falkenstein (welcher den Zug bis Bodenbach begleitete —), Oberinspektor Hartmeyer und Inspektor Sarrazer, sämmtlich in Gala-Uniform. Se. k. k. Hoheit trug beim Einsteigen in das Coupee nur den einfachen österreichischen Soldaten-Mantel und das Käppi. Trotz der Nachtstunde hatte sich eine große Anzahl Damen und Herren, darunter viele Oesterreicher, auf dem Perron eingefunden. Ein von hiesigen Vertretern der Presse im Verein mit den Anwesenden ausgebrachtes weithinschallendes Hoch erwiderte Se. k. k. H. durch freundlichen militärischen Gruß.

— Geh. Rath Graf v. **Könneritz** hat vom Großherzog von Baden das Großkreuz vom Orden des Zähringer Löwen erhalten.

— Der nächste **Hofball** bei JJ. KK. Majestäten findet Donnerstag den 30. d. statt.

— In dem Prozesse, welchen das **sächsische Kriegsministerium** gegen mehrere nationalliberale Berliner Blätter betreffs eines Artikels über angebliche Vorgänge in der Dresdner Kadettenanstalt ꝛc. erhoben hat, ist von den Verklagten als Hauptzeuge der frühere Premier-Leutnant Hasse (gegenwärtig Direktor des statistischen Bureaus in Leipzig), der seinen Kameraden v. Uslar-Gleichen denunzirt hatte, vorgeschlagen. Die L.-Ztg. berichtet jetzt über den Fall Folgendes: „Frhr. v. Uslar-Gleichen ist zwar geborener Hannoveraner, stand aber früher in mecklenburgischen Diensten. Ein jüngerer Bruder von ihm fiel bei Paris am 2. Dezember 1870, ein älterer ist jetzt noch sächsischer Hauptmann. Sein Verhalten bei dem Kaiser-Diner am 22. März 1874 im Leipziger Offiziers-Kasino, das seine Verabschiedung herbeiführte, war zwar unvereinbar mit den besonderen Verhältnissen des aktiven Offizierstandes, aber durchaus kein ehrenrühriges: er setzte beim Toaste auf den Kaiser sein Glas auf den Tisch, ohne daraus getrunken zu haben. Es geschah dies in gar keiner ostentativen Weise, und trotzdem fühlte der Premier-Leutnant Hasse, der ziemlich weit entfernt saß und nicht blos zufällig Uslar's Verhalten sah, sich veranlaßt, dasselbe offiziell zur Anzeige zu bringen. Uslar bekannte auf Befragung freimüthig, er habe geschworen, nie auf das Wohl des Kaisers Wilhelm zu trinken, seitdem derselbe den König Georg entthront habe. Er wäre selbstverständlich bereit, für ersteren als seinen Bundesfeldherrn jederzeit sein Leben zu lassen, aber zu mehr fühle er sich nicht verpflichtet. Diese Anschauung ist, wie gesagt, unvereinbar mit den besonderen Verhältnissen des Offizierstandes, und daher mußte Uslar seinen Abschied nehmen. Premier-Leutnant Hasse verteidigte sich durch seine Handlungsweise mit seinem Offizierskorps, wurde in Folge dessen zu einem anderen Regiment versetzt und zog, da auch dieses ihn sehr kalt empfing, vor, sich pensioniren zu lassen.

— Kaum hat sich das Grab über dem verehrten Bürgermeister **Kürsten** geschlossen, so beginnen die Intriguen wegen seines Nachfolgers. Es werden Zusammenkünfte gehalten, Stadtverordnete beeinflußt, die Stimmen gezählt, gruppirt und addirt, Besuche gemacht, da wird erwogen, womit der Eine oder Andere für einen gewissen Kandidaten interessirt werden kann, selbst politische Gegner bedenkt man mit unerwarteten Höflichkeiten. Dieses ganze Getreibe macht einen umso unangenehmeren Eindruck, als das leitende Motiv nicht das Wohl der Allgemeinheit, das Gedeihen der Stadt, sondern die Förderung einseitiger Parteipläne, die Gewinnung der Herrschaft über unser Gemeinwesen durch eine politische Clique ist. Eine gewisse Anciennität, das Aufrücken jüngerer Beamter in erledigte höhere Stellen ist wohl als Regel beizubehalten und davon nur abzugehen, wenn ein ausgesprochenes Talent auftaucht, das an einem größeren Wirkungskreise Ersprießliches wirken würde, oder wenn der, seiner Anciennität nach zunächst Berechtigte durch seine persönlichen Eigenschaften sich nicht für ein höheres Amt eignet. Diesen, wie wir glauben, richtigen Grundsatz auf die erledigte Bürgermeisterstelle angewendet, so liegt die Sache jetzt so, daß Herr Stadtrath Heubner die nächsten Ansprüche auf die Nachfolge in der Bürgermeisterei hätte. Da nun aber dieser hochverdiente Beamte durchaus ablehnt, sein so erfolgreich verwaltetes Schulressort abzugeben, so hat das nunmehr älteste Rathsmitglied, Herr Stadtrath **Benisch**, die wohlbegründetsten Ansprüche auf das Bürgermeisteramt. Herr Benisch fungirt lange genug in den verschiedensten Zweigen unter den Augen seiner Mitbürger, als daß das Urtheil über ihn unter den Bürgern nicht feststünde. Allezeit hat er sich als ein Ehrenmann von unantastbarem Rufe, ein äußerst beschlagter, erfahrener, kundiger und gewissenhafter Mann von seltener Arbeitskraft und Energie erwiesen. Wie trefflich und gerecht verwaltet er das Bauwesen! Er besitzt bei aller Thatkraft doch den Bürgern gegenüber die so nothwendige Gefälligkeit und Freundlichkeit; er repräsentirt sein Amt aufs Würdigste. Wir meinen, alles Das spräche so beredt, daß man sich die Liebesmühe sparen sollte, einen anderen Mann der Gemeinde aufzumandriren.

— Der geistige **Elite-Ball im Alberttheater** hatte die betheiligte Damenwelt in eine fiebrische Aufregung versetzt. Schon in den frühesten Morgenstunden war keine Friseuse mehr aufzutreiben. Glücklich die Schöne, welche die Schneiderin nicht ungebührlich lange warten ließ; ungeduldig harrten die minder Glücklichen zu Hause mit aufgelösten Locken und vor Erregung glühenden Wangen. Man sagt sogar — honny soit qui mal y pense — daß über manche rosige Lippen eine schüchterne Verwünschung geschlüpft sei.

— In den hiesigen Bezirksvereinen hat die Petition des Hausbesitzervereins um Umwandlung der **Miethzins- und Grundwerthsabgaben** in einen städtischen Zuschlag zur Einkommensteuer sehr verschiedene Beurtheilung gefunden. Der Bezirksverein der Pirnaischen Vorstadt, der sich vorgestern Abend damit beschäftigte, hat die Angelegenheit einer aus Mitgliedern der fünf Bezirksvereine zusammenzusetzenden Commission zu überweisen beschlossen, um einen einheitlichen Beschluß herbeizuführen. Von zweifelhaftem Werthe ist ein Vermittelungsvorschlag, der dahin geht, die Hälfte des städtischen Aufwandes durch den bisherigen Modus (Miethzinsgroschen und Grundwerthsabgaben), die andere Hälfte aber durch einen Zuschlag auf die staatliche Einkommensteuer aufzubringen; es heißt das eben nur die Erhebungskosten vermehren. Bedauerlich ist die schwankende Stellung des Hausbesitzervereins, welcher, obgleich von der Richtigkeit seines Verlangens überzeugt, zu allen möglichen Concessionen bereit ist.

— Der **Schlittenkorso** hatte bekanntlich noch ein freundliches Nachspiel, indem auf **Schloß Altranken** alle Diejenigen gastfreie Aufnahme fanden, die sich, auch uneingeladen, eingefunden hatten. Es waren dies außer den näheren Bekannten des Schloßherrn 19 Herren und Damen aus dem Bürgerstande. Wie man sich nun erzählt, trägt sich Graf **Luckner** mit dem Gedanken, auf seinem Schlosse und im Parke ein großes **Frühjahrsfest** zu Ehren der Bürgerschaft Dresdens zu arrangiren.